

Sturzprävention im Hochbau: Übersicht über die rechtlich relevanten Vorgaben für die sturzrelevanten Bauteile

Kanton GR

Für alle Hochbauten Relevantes

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2022)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Allgemeine Sicherheitsvorschrift gemäss Baupolizeirecht (für alle Bauteile)	Art. 79 Abs. 2 <u>Raumplanungsgesetz für den Kanton Graubünden (KRG)</u> : Bauten und Anlagen haben den anerkannten Regeln der Baukunde zu genügen und dürfen weder bei der Erstellung noch durch ihren Bestand und ihre Nutzung Personen, Tiere oder Sachen gefährden. Damit wird generell das Schutzziel «sichere Baute» postuliert.	Technische Normen können wegen der benutzten Gesetzgebungstechnik (Generalklauselmethode) beachtet werden (Ermessensspielraum).	Für Norm-Lücken bzw. beim Fehlen von Normen können Empfehlungen von Fachorganisationen relevant werden.
Beleuchtung, Bodenbeläge und Sanitärräume insbesondere gemäss Gesundheitspolizeirecht	Art. 79 Abs. 1 KRG: Bauten und Anlagen haben den gesundheits-, feuer- und gewerbepolizeilichen Bestimmungen sowie den Vorschriften der Arbeits-, Energie-, Gewässerschutz- und Umweltschutzgesetzgebung zu entsprechen.	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe relevant werden.

Zusätzlich Relevantes für Hochbauten, die hindernisfrei sein müssen

Hindernisfreiheit generell (für alle Bauteile)	<p>Art. 80 Abs. 1 KRG: Neue öffentlich zugängliche Bauten und Anlagen sowie neue Bauten und Anlagen mit mehr als 50 Arbeitsplätzen müssen nach den anerkannten Fachnormen so gestaltet werden, dass sie auch für Menschen mit Behinderung zugänglich sind. Die öffentlich zugänglichen Bauten und Anlagen müssen überdies von Menschen mit Behinderung benützt werden können.</p> <p>Art. 80 Abs. 1^{bis} KRG: Neue Gebäude mit mehr als vier Wohnungen müssen nach den anerkannten Fachnormen so gestaltet werden, dass die einzelnen Wohnungen hindernisfrei zugänglich sind und im Innern den Anforderungen des anpassbaren Wohnungsbaus entsprechen. Bei neuen Gebäuden mit fünf bis acht Wohnungen genügt es, wenn wenigstens die Wohnungen eines Geschosses hindernisfrei zugänglich sind und der Zugang zu den übrigen Wohnungen anpassbar ist.</p> <p>Art. 80 Abs. 2 KRG: Die Anforderungen gemäss Absatz 1 und Absatz 1^{bis} sind auch bei Erneuerungen im Sinn des einschlägigen Bundesrechts zu erfüllen, sofern keine überwiegenden öffentlichen Interessen entgegenstehen oder der Aufwand für die Anpassung nicht unverhältnismässig ist, wobei für Erneuerungen von Wohnbauten folgende Ausnahmen gelten:</p>	<p>Anerkannte Fachnormen (zZt SIA 500:2009)</p> <ul style="list-style-type: none"> • Beleuchtung: SIA 500 (Kapitel 4 Orientierung und Beleuchtung) • Bodenbeläge: SIA 500 (Anhang B.1 Eignung von Bodenbelägen, Begehbarkeit und Gleitsicherheit) • Treppen: SIA 500 (Kapitel 3.6.3. Erkennbarkeit und Markierung, 3.6.4. Handläufe) • Geländer / Brüstungen: SIA 500 (Kapitel 3.4.5. Abschränkungen) • Sanitärräume: SIA 500 (Kapitel 10.2. Toiletten, Bäder, Duschen) 	Empfehlungen von Fachorganisationen können für Norm-Lücken relevant werden.
---	---	--	---

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2022)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Hindernisfreiheit generell (für alle Bauteile)	<ol style="list-style-type: none"> 1. die Anforderung der hindernisfreien Zugänglichkeit ist bei der Erneuerung von Wohnbauten mit acht oder weniger Wohnungen nur umzusetzen, wenn die Gemeinden dies im Baugesetz vorsehen; 2. die Anforderungen des anpassbaren Wohnungsbaus sind bei der Erneuerung von Wohnbauten unbeschrieben der Anzahl Wohnungen nur umzusetzen, wenn die Gemeinden dies im Baugesetz vorsehen. <p><u>Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG)</u></p> <p><u>Verordnung des Bundes über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsverordnung, BehiV)</u></p>		

Zusätzlich Relevantes für bestimmte Nutzungsarten von Hochbauten

Mit Mitteln der Wohnraumförderung erstellte altersgerechte Bauten	<p>Insbesondere Art. 5 <u>Eidgenössisches Wohnraumförderungsgesetz (WFG)</u>: Bei der Förderung ist darauf zu achten, dass c. der Wohnraum und die unmittelbare Umgebung den Bedürfnissen von Familien, Kindern und Jugendlichen, älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen entsprechen.</p> <p><u>Merkblatt BWO Gestaltung von altersgerechten Wohnbauten vom Juli 2013</u></p>	Der Gesetzgeber selbst nennt keine Norm explizit. Das BWO-Merkblatt jedoch nimmt generell Bezug auf die Norm SIA 500 (Kap. 9 und 10) sowie für den Bauteil Beleuchtung auf die SN/EN 12464-1.	Empfehlungen von Fachorganisationen (z.B. die im BWO-Merkblatt explizit genannten Fachdokumentationen) können für Norm-Lücken relevant werden.
Alters- und Pflegeinstitutionen	<ul style="list-style-type: none"> • Art. 32 Abs. 1 und Abs. 2 lit. b Kantonales Gesetz über die Förderung der Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen (Krankenpflegegesetz, KPG): Voraussetzung für die Gewährung von Investitionsbeiträgen ist die Anerkennung des Angebots (Pflege und Betreuung von betagten Personen) durch die Regierung. Die Anerkennung wird gewährt, wenn unter anderem (lit. b) das Projekt eine zweckmässige Pflege und Betreuung gewährleistet und baulich einwandfrei ist. • Art. 48 Abs. 1 und Abs. 2 lit. a KPG: Einrichtungen des betreuten Wohnens können eine kantonale Anerkennung beantragen. Die Anerkennung wird durch das Amt gewährt, wenn unter anderem (lit. a) die Bauten den anerkannten Fachnormen für hindernisfreie Bauten entsprechen. • <u>VOzKPG (insbes. Art. 15, 31 und 32) – Verordnung zum Krankenpflegegesetz</u> • <u>Qualitätsvorgaben des kantonalen Gesundheitsamtes, Fachstelle Spitex und Alter für die Erteilung von Betriebsbewilligungen im stationären Langzeitbereich vom Januar 2018</u> • Richtprogramm Kanton GR mit Anforderungen an die Räume und Freianlagen für Alters- und Pflegeheime mit ca. 60 Betagtenbetten (3.1.2018) 	Norm SIA 500 (vgl. Art. 31 Verordnung zum Krankenpflegegesetz)	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe bei Norm-Lücken relevant werden.

Was?	Rechtsgrundlagen (Stand 1.1.2022)	Vom Gesetzgeber genannte Normen	Rechtliche Relevanz von Empfehlungen der Fachorganisationen
Kitas, Kindergärten und Schulen	<p>Sichere Gebäude für Kitas:</p> <p>Art. 15 Abs. 1 lit. d <u>Eidgenössische Pflegekinderverordnung</u>: Die Bewilligung darf nur erteilt werden, wenn die Einrichtungen den anerkannten Anforderungen der Wohnhygiene und des Brandschutzes entsprechen.</p> <p><u>Qualitätsrichtlinien des Kantonalen Sozialamtes GR für Kinderkrippen, Kindertagesstätten im Kanton Graubünden vom 1.1.2019</u> (insbesondere Ziffern 5c und 6)</p>	keine	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe bzw. Angaben der kantonalen Richtlinien relevant werden.
Hochbauten mit Arbeitsplätzen	<p><u>Verordnung 3 zum Eidgenössischen Arbeitsgesetz</u>:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 14 Bodenbeläge • Art. 15 Beleuchtung <p><u>Verordnung 4 zum Eidgenössischen Arbeitsgesetz</u></p> <ul style="list-style-type: none"> • Art. 9 Treppen • Art. 12 Geländer und Brüstungen <p><u>Wegleitung SECO zu dieser Verordnung</u></p>	<p>Der Gesetzgeber selbst nennt keine Norm explizit. Die SECO-Wegleitung jedoch nimmt generell Bezug auf verschiedene Normen, z.B.</p> <ul style="list-style-type: none"> • die SN/EN 12464-1 für die Beleuchtung • die DIN 51130 und DIN 51097 für die Bodenbeläge 	Empfehlungen von Fachorganisationen können für die Konkretisierung unbestimmter Rechtsbegriffe bzw. von Unklarheiten der Wegleitung relevant werden.

Detailliertere Erläuterungen dazu entnehmen Sie bitte der BFU-Fachdokumentation 2.034 «Rechtliches zur Sturzprävention im Hochbau» (bfu.ch > Bestellen & herunterladen > 2.034).